



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Herr Bundesrat
Guy Parmelin
3003 Bern

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Den vorliegenden Entwurf begrüßen wir. Die Totalrevision ist notwendig, da das bisherige Gesetz (vom 8. Oktober 1999) nicht mehr angemessen ist, zumal es die hauptsächlichen finanziellen Beiträge des Bunds an die europäischen Bildungsprogramme bindet und nur in zweiter Linie einen Beitrag an andere internationale Programme ermöglicht. Der vorliegende Entwurf beseitigt diese Einschränkungen, indem alle schulischen Bereiche, die Weiterbildung sowie die ausserschulischen Aktivitäten abgedeckt werden. Weiter steht der vorliegende Entwurf im Einklang mit der 2017 verabschiedeten «Schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität von Bund und Kantonen». Im Übrigen gehen wir davon aus, dass der Bund ausreichende Finanzmittel für Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene bereitstellen wird.

Für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu dürfen, bedanken wir uns.

Altdorf, 17. Mai 2019



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli